

Umkämpfte Sexualitätspolitiken



Das laute Schweigen der Sexualpädagogik an Österreichs Schulen

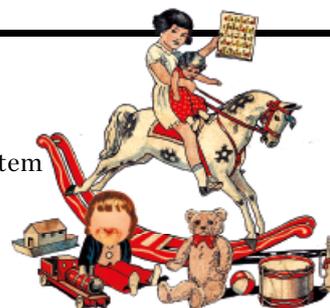
In Gesprächen mit internationalen Kolleg*innen über die schulische Versorgung mit professioneller Sexualpädagogik wird Österreich neuerdings in einem Atemzug mit Polen genannt. Dort wurde gerade ein Gesetz diskutiert, das Haftstrafen für sexualpädagogische Arbeit nach internationalen Standards vorsieht. Reaktionäre Interessensgruppen behaupten, damit Kinder vor sexueller „Verführung“, „Sittenlosigkeit“ und Pädophilie im Klassenzimmer schützen zu wollen. In Österreich ist man zwar noch nicht so weit, gilt Sexualpädagogik hierzulande doch gerade als Bollwerk gegen sexuelle Gewalt und Ausbeutung. Die Selbstverständlichkeit der Versorgung aller Kinder mit professionellen sexualpädagogischen Angeboten ist jedoch seit dem Sommer gebrochen. Verantwortlich dafür ist ein parteipolitischer Vorstoß konservativer Hardliner im Juni 2019, der an Österreichs Schulen für Verunsicherung im Umgang mit einem ohnehin verunsichernden Thema gesorgt hat.



Fotos: Alexander Götter / #aufstehn



Inklusive Bildung zum Nulltarif?
Tobias Buchner über das Schulsystem
zwischen Reformbemühungen
und Barrieren.



auf Seite
25

Sexualpädagogik geht davon aus, dass sich Sexualität(en) im Zusammenspiel biologischer, psychologischer und sozialer Faktoren ausprägen. Die sexuelle Entwicklung zieht sich von der frühesten Kindheit über die Jugend ins Erwachsenenalter und ist – zum Glück – nicht so schnell abgeschlossen. Sexualität bleibt daher ein aufregendes Thema für viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Das merkt man auch in pädagogischen Betreuungseinrichtungen und an Schulen.

Schulen haben den staatlichen Auftrag, Sexualität altersadäquat als Thema im Unterricht zu behandeln. Sexualität muss Kindern nicht im engeren Sinne „gelehrt“ werden. Die Aufgabe von pädagogischen Berufsgruppen ist es, diskriminierungsfreie Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen Kinder sich gut entwickeln können – und dazu gehört auch die sexuelle Entwicklung. In den sexualpädagogischen Standards der WHO sowie der deutschen Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ist festgeschrieben, dass Kinder ein Recht auf Information und pädagogische Begleitung ihrer sexuellen Entwicklung haben.

Kinder und Jugendliche sollten Körperlichkeit, Gefühle, Begehren und Grenzen an sich und anderen wahrnehmen und kommunizieren können. Reine Gefahrenbotschaften und Warnungen an Kinder („Pass auf...!“) sind bei der Entwicklung dieser Kompetenzen wenig hilfreich. Auch eine Beschämung von kindlichen sexuellen Verhaltensweisen oder Spott über Intimität unter Kindern befördert das so häufig beobachtbare „laute Schweigen“ über Sexualität –

eine schlechte Voraussetzung für jede weitere sexualpädagogische Auseinandersetzung.

In Kindergarten, Hort und Schule sollte Kindern und Jugendlichen ein Entwicklungsraum auch für ihre sexuelle Entwicklung geboten werden. Generell ist Kindern ein positiver Umgang mit dem eigenen Körper und eine lustfreundliche Haltung zur eigenen Sexualität zu vermitteln. In einem möglichst diskriminierungssensiblen Setting und entlang der Interessen der Kinder und Jugendlichen, sollten die positiven Aspekte von Lust und Sexualität gleichwertig neben Themen wie Fortpflanzung und Verhütung, Intimität und Beziehung, sexuelle Risiken und Grenzverletzungen besprechbar sein. In einer Gesellschaft mit rechtskonservativer Mehrheit wie in Österreich ist das jedoch alles andere als selbstverständlich.

Bis Mai 2019 war es üblich, dass sexualpädagogische Angebote von professionellen Anbieter*innen bei Bedarf an die Schule geholt werden konnten. Meist als drei- bis vierstündige Workshops organisiert, wurde die altersadäquate Auseinandersetzung mit den Fragen der Kinder und Jugendlichen eigens dafür qualifizierten Sexualpädagog*innen übertragen. Die Tatsache, dass eine eigene Berufsgruppe einen großen Teil des sexualpädagogischen Bedarfs abdeckt, ist nicht naturgegeben. Sie ist aber in der aktuellen Versorgungslage die professionellste Lösung. Sexualpädagog*innen sind auch die wichtigste Anlaufstelle für engagierte Lehrpersonen, die sich mit dem staatlichen Auftrag einer sexualpädagogischen Begleitung überfordert sehen oder ihren

Schüler*innen ein professionelles Angebot abseits schulischer Autoritätsverhältnisse bieten möchten.

Seit dem Sommer 2019 steht nun im Raum, Lehrpersonen mit diesem Auftrag alleine zu lassen. Im letzten Moment, noch vor den Schulferien und dem beginnenden Wahlkampf, durften katholische Hardliner der sich bis dahin liberal präsentierenden ÖVP eine ihrer lange gehegten Forderungen umsetzen: die Zurückdrängung jener Sexualpädagogik, die traditionellen Werteprediger*innen seit jeher ein Dorn im Auge war. Im Juli 2019 wurde mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ ein Entschließungsantrag verabschiedet, der das Bildungsministerium auffordert, externe Sexualpädagogik an Schulen zu unterbinden. Dass Sexualpädagog*innen bereits in den ursprünglich vom damaligen Bildungsminister Heinz Faßmann geplanten Prozess einer Qualitätssicherung sexualpädagogischer Angebote nicht eingebunden wurden, hätte eigentlich schon im Winter 2018 für Beunruhigung sorgen sollen. Schlussendlich wurde mit dem Entschließungsantrag die gut gemeinte Skandalisierung fragwürdiger Anbieter*innen wie *Teenstar* – unter heftigen Protesten von allen Seiten – gegen eine ganze Berufsgruppe gewendet.

Ein Crescendo des Schweigens

Auch wenn es nach wie vor möglich ist, professionelle Angebote in den Schulunterricht einzubinden, hat die österreichische Landschaft der Sexualpädagogik dadurch eine wichtige Säule ihrer Legitimität verloren.



Die rechtliche Verunsicherung verändert natürlich auch die Bedingungen für professionelle Sexualpädagogik an Schulen grundlegend. Wie eine aktuelle Umfrage des Gallup-Instituts und die beispiellose Mobilisierung unzähliger Organisationen gegen den Entschließungsantrag zeigt, wünscht sich die Bevölkerung aber mehrheitlich einen Ausbau qualitätsvoller Sexualpädagogik durch schulexterne Expert*innen.

An das (schulische) Sprechen über Sexualität wurden immer schon unterschiedliche Hoffnungen geknüpft. Neben dem „Standbein“ des legalen Schwangerschaftsabbruchs wurde in den 1970er Jahren in vielen europäischen Ländern Sexualkunde quasi als „Spielbein“ emanzipatorischer Sexualitätspolitik erkämpft. Sie sollte u. a. präventiv die Zahl ungewollter Schwangerschaften durch eine breite sexuelle Bildung der Bevölkerung reduzieren. Es ist kein Zufall, dass sich rechtskatholische Angriffe auf sexuelle Bildung nun zeitgleich zu Angriffen auf feministische Politiken wie das Recht auf Schwangerschaftsabbruch zuspitzen.

Tabuisiert, emotional aufgeladen und dramatisiert ist Sexualität als Mittel für alle möglichen und unmöglichen Zwecke instrumentalisierbar – nicht nur, aber auch in der Schule. Mit Sexualität werden Macht- und Herrschaftsverhältnisse untermauert oder überhaupt erst hergestellt. Mit eindeutig zweideutigen Anspielungen lassen sich Produkte, Dienstleistungen oder Veranstaltungen bewerben, die an sich wenig „sexy“ sind. Mit Sexualität wird auch regelmäßig Politik gemacht. Bevölkerungspolitik, Gesundheitspolitik, Familienpolitik – oder eben Parteipolitik. Und auch rassistische Politik, etwa wenn sexualisierte Gewalt, Homophobie oder sexuelle Attraktivität ethnisiert werden. Wissenschaftlich finden sich viele Beispiele dafür, dass marginalisierte gesellschaftliche Gruppen besonders häufig in den Fokus rechtskonservativer Bevölkerungspolitik, einer defizitorientierten Bildungspolitik und paternalistischer Aufklärung geraten. An sich war es auch in Österreich vorhersehbar, dass eine rechtskonservative Regierung keine emanzipatorische und diskriminierungskritische

Bildungspolitik zu dem Thema vorantreiben würde, wenn sie aufgefordert wird, das Feld der Sexualpädagogik umzugestalten.

Dass einzelne engagierte Lehrer*innen oder Schulleitungen ihren Schüler*innen ein gutes sexualpädagogisches Angebot bereitstellen, wird sich durch den Entschließungsantrag, der mit dem Ende der Legislaturperiode verfällt, nicht verändert haben. Für eine umfassende Bildungsgerechtigkeit stellt sich jedoch die Frage, wie in Zukunft alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft und sexuellen Orientierung, unabhängig vom Schultyp oder dem Zufall einer engagierten Lehrperson jene professionelle sexualpädagogische Begleitung erhalten können, zu der sich Österreichs Bildungssystem selbst mit dem Grundsatzerschluss Sexualpädagogik 2015 erneut verpflichtet hat. —

Barbara Rothmüller ist Bildungssoziologin, Social Justice Trainerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Sigmund-Freud-Universität Wien, Fachbereich Sozialpsychologie. Für ihre kritische Forschung zur Ethnisierung von Sexualität wurde ihr 2017 der „Arlene Kaplan Daniels Award for Women and Social Justice“ in Montreal, Kanada, verliehen.